

## Russischer Bankensektor: Sieben Jahre nach der Krise noch ungelöste Probleme

72. Jahrgang/10. August 2005

Alfred Steinherr  
asteinherr  
@diw.de

Erik Klär  
eklaer@diw.de

*Die Währungs- und Finanzmarktkrise vom Sommer 1998, ausgelöst durch internationale Kapitalumschichtungen im Gefolge der Asienkrise, brachte die russischen Geschäftsbanken in erhebliche Schwierigkeiten. Praktisch der gesamte Bankensektor war von akuten Liquiditätsproblemen betroffen. Die Hauptursache der Bankenkrise ist in der mangelhaften oder gänzlich fehlenden Regulierung im Bankensektor zu sehen; dies begünstigte die Inkaufnahme hoher Wechselkursrisiken bei Verbindlichkeiten in ausländischer Währung sowie Kreditvergaben mit beschränkter Risikodiversifikation, was sich im Zuge der Krise als fatal erwies.*

### Inhalt

Russischer Bankensektor: Sieben Jahre nach der Krise noch ungelöste Probleme  
Seite 469

*Nach westlichem Empfinden unorthodox war auch die Lösung der Krise durch die russischen Behörden, die ohne wesentliche Umstrukturierungen im Bankensektor auskam und mit erstaunlich geringen volkswirtschaftlichen Kosten bewerkstelligt wurde. Der Erfolg in Form durchgängig guter Wachstumsraten nach 1998 liefert jedoch nur scheinbar die Rechtfertigung für diese Versäumnisse, denn die relativ schwache Verfassung des Bankensektors in Russland – im Vergleich zu anderen Transformationsökonomien – stand sicherlich einer noch besseren wirtschaftlichen Entwicklung im Wege. Wenngleich einige jüngere Gesetzesinitiativen auf eine Verbesserung der Situation hoffen lassen, stehen doch weiterhin starke Partikularinteressen einer gesamtwirtschaftlich optimalen und wünschenswerten Umstrukturierung der Bankenlandschaft entgegen.*

### Fehlentwicklungen in den Anfangsjahren der Transformation

Das Ende des sozialistischen Monobankensystems kam 1988 mit dem Beschluss der sowjetischen Regierung, neben der Zentralbank fünf Spezialbanken (Agroprombank, Promstroibank, Sberbank, Vnesheconombank und Zhilsotsbank) zuzulassen, die die Finanzierung bestimmter staatlicher Programme übernehmen sollten. Im gleichen Jahr eröffnete das Gesetz zu Kooperativen erstmals die Möglichkeit der Gründung von mit Privatkapital finanzierten „Nullbanken“, was in der Folgezeit insbesondere von Unternehmen intensiv genutzt wurde. Unter liberalen Marktzugangsbedingungen wuchs die Zahl der lizenzierten Kreditinstitute noch vor der russischen Staatsgründung auf über 1 300.

Nach Gründung der Russischen Föderation fiel die Aufgabe der Bankenaufsicht und -regulierung der Russischen Zentralbank (RZB) zu, die allerdings mit den Geschäftsbanken auf vielfältige Weise verknüpft blieb: Zahlreiche Geschäftsbanken entstanden aus der Umwandlung früherer Zweigstellen der Zentralbank, während die größten Banken direkt oder über die RZB in staatlichem Besitz blieben.

Die hochvolatile makroökonomische Situation in Russland zu Beginn der 90er Jahre hätte auch einen gut entwickelten Bankensektor vor erhebliche Schwierigkeiten gestellt. Für die neuen russischen Geschäftsbanken kam hinzu, dass die privatrechtliche Gesetzgebung zu jener Zeit ständig geändert wurde und Kreditvergaben an den privaten Sektor daher mit zusätzlichem Risiko behaftet waren. Als Folge betätigten sich die Banken nur wenig in dem ihnen zgedachten Bereich der Intermediation zwischen Sparern und Investoren und entwickelten stattdessen andere Formen der Renditeextraktion. Schätzungen der Weltbank zufolge spülte allein die Hyperinflation der Jahre 1992 und 1993 Vermögen in der Größenordnung von 6 bis 9 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in die Kassen der Banken – bei einem Kapitalanteil von weniger als 1 % des BIP.<sup>1</sup> Negative Realzinsen auf Bankdepósitos bei eigener Kreditvergabe zu beträchtlichen Zinspreads garantierten bereits lukrative Einnahmen.

Ein wahres Vermögen allerdings machten die Banken durch die Investition ihrer Rubel-Verbindlichkeiten in Dollar-Titel, die dank der inflationsbedingten scharfen Abwertung des Rubel erheblich im Wert stiegen. Die außerordentlich hohen Gewinne trugen bei zur Zementierung der Macht jener Lobby aus Banken und großen industriellen Gruppen – im Besitz dieser Gruppen befinden sich mehrheitlich die meisten privaten Banken –, die Mitte der 90er Jahre begann, politische Entscheidungen zu ihren Gunsten zu beeinflussen.

Geschick bewiesen die russischen Geschäftsbanken in den 90er Jahren auch bei den Finanzgeschäften mit dem öffentlichen Sektor, etwa im Bereich der kurzfristigen Staatsobligationen (*Gosudarstvennye kratkosrochnye obligazii* – GKO), die die Regierung seit 1994 zur Finanzierung des Staatsdefizits ausgab. Von 1994 bis 1998 erhielt sie hierfür den Gegenwert von rund 15 Mrd. US-Dollar. Der Nominalwert der GKO am von den Banken dominierten Primärmarkt, von dem nach erfolgreicher Lobbyarbeit Ausländer ausgeschlossen worden waren, lag hingegen bei 70 Mrd. US-Dollar.<sup>2</sup> Eine weitere Geldquelle erschloss sich aus der Verantwortung für die Verwaltung öffentlicher Fonds, an der laut einer Schätzung der Staatlichen Anhörungskammer der Russischen Föderation die Banken allein 1995 und 1996 mehr als 1,3 Mrd. US-Dollar verdienten.<sup>3</sup>

Angesichts derartiger Renditeaussichten vermag es kaum zu überraschen, dass das „normale“ Bankgeschäft wenig verlockend erschien, ebenso wenig wie die Tatsache, dass sich die Bankenlobby Schritten zur verstärkten Regulierung nach dem Vorbild erprobter westlicher Standards entgegenstellte, die Renditeeinbußen bedeutet hätten.

Entsprechenden Vorstößen der Zentralbank in den Jahren 1994 und 1995 widersetzte sich der Verband Russischer Banken und erreichte einen ihm genehmen Wechsel in der Leitung der Zentralbank. Dass sich der russische Gesetzgeber durch die Bankenlobby von gesamtwirtschaftlich sinnvollen und notwendigen Reformen im Bereich der Regulierung abbringen ließ, ist nur ein Beispiel für die Mitverantwortung des Staates für Missstände, durch die die Entwicklung des Bankensektors in Russland seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion charakterisiert ist.

### **Aufgabe der finanziellen Intermediation kaum wahrgenommen**

Auf der Strecke blieb dabei die eigentliche Aufgabe der Kreditinstitute: Unternehmen außerhalb der Sphäre großer industrieller Gruppen blieben von der Kreditvergabe weitgehend ausgeschlossen oder erhielten Kredite nur zu extrem hohen Zinsen, wodurch das klassische Problem der *adversen Selektion*<sup>4</sup> verstärkt wurde, was sich in der Krise bemerkbar machen sollte. Als problematisch für die Entwicklung eines der Finanzintermediation verschriebenen Bankensektors und als mitverantwortlich für die Verwundbarkeit des Sektors erwies sich im Sommer 1998 aber auch der unverminderte Einfluss des Staates.

In Tabelle 1 sind die 15 größten Banken des Landes aufgelistet. Mehrheitseigner der mit Abstand größten Bank, Sberbank, ist die RZB. Das Eigentum an der zweitgrößten Bank, Vneshtorgbank, wurde nach einem Gesetz vom Juli 2002, mit dem das Ausmaß des Geschäftsbankenbesitzes der RZB begrenzt wurde, an den Staat übertragen.

Die Dominanz der Sberbank – gemessen an den gesamten Aktiva entfällt auf sie rund ein Viertel des russischen Bankensektors – gründet sich auf ihre beachtlichen Wettbewerbsvorteile. Als staatliche Bank erfreut sich die Sberbank einer staatlichen Einlagengarantie, und sie hat als Nachfolgerin der sowjetischen Monobank Filialen in ganz Russland.

Dank dieser Vorteile beherrscht die Bank nach wie vor den Depositenmarkt: Noch 2002 hielt die Sberbank rund 75 % der gesamten Einlagen sowie rund

<sup>1</sup> William Easterly und Paulo Vieira da Cunha: Financing the Storm: Macroeconomic Crises in Russia, 1992–93. In: *Economics of Transition*, Vol. 2, No. 4, 2004, S. 443–466.

<sup>2</sup> Timothy Frye: *Governing the Banking Sector in Russia*. New York University Draft, New York 2002.

<sup>3</sup> Juliet Johnson: *A Fistful of Roubles: The Rise and Fall of Banking in Russia*. Ithaca 2000.

<sup>4</sup> Je höher die Zinsen sind, desto geringer ist der Anteil der seriös kalkulierenden Kreditnehmer und desto größer der Anteil der „Spekulanten“ mit fragwürdiger Bonität.

Tabelle 1

**Die 15 größten Banken in Russland<sup>1</sup>**  
In Mill. US-Dollar

	Aktiva der Bank	Kapitalausstattung
Sberbank	69 453	6 254
Vneshtorgbank	15 251	2 038
Gazprombank	12 746	1 386
Alfa-Bank	7 391	916
MDM-Bank	6 271	476
Bank of Moscow	5 509	599
Rosbank	4 989	480
International Moscow Bank	3 625	373
PSB	3 253	322
MeshPromBank	3 065	962
UralSib	3 041	392
Raiffeisen-Bank Austria	3 006	316
Promsvjasbank	2 116	202
Petrokommerz	2 009	263
Nomos-Bank	1 642	200

<sup>1</sup> Gemessen an den Aktiva;  
Stand 1. Januar 2005.

Quelle: Russische Zentralbank.

DIW Berlin 2005

90 % der Einlagen privater Haushalte.<sup>5</sup> Damit hatten und haben die Konkurrenten weitgehend keinen Zugriff auf die Bankeinlagen privater Sparer als zentrale Finanzierungsquelle. Bei nach wie vor schwach entwickelten inländischen Kapitalmärkten bleibt vielen Geschäftsbanken zur Finanzierung allein die Geldaufnahme in Auslandswährung bei internationalen Kreditinstituten und auf ausländischen Kapitalmärkten. Die Verdrängung privater Banken vom russischen Depositenmarkt infolge Sberbank zugestander Privilegien – in Verbindung mit mangelnder Regulierung im Bereich der Verschuldung in Fremdwährung – muss somit als ein wesentlicher Grund für die Verwundbarkeit des Sektors in der Krise von 1998 angesehen werden.

**Gravierende strukturelle Schwächen Hauptursache der Bankenkrise**

In den Jahren vor der Währungs- und Finanzmarkt-krise profitierte Russland vom weltweiten Interesse internationaler Investoren an Anlagen in Schwellenländern. Die Währungsstabilisierung durch Festsetzung des Wechselkurses zum US-Dollar im Juli 1995, größere politische Sicherheit nach Jelzins Wiederwahl 1996 und die Öffnung des GKO-Marktes für Ausländer im gleichen Jahr waren günstige Rahmenbedingungen für Investitionen in Russland. Der russische Aktienkursindex stieg 1996 um 142 % und in den ersten acht Monaten des Jahres 1997 um 184 %.

Im Zuge der Asienkrise und des Kollapses am russischen Aktienmarkt wuchsen allerdings ab Ende

1997 die Befürchtungen, Russland könne ein ähnliches Schicksal erleiden wie die südostasiatischen Tigerstaaten. Internationale Investoren sicherten sich teilweise durch Terminkontrakte mit russischen Banken gegen einen Wechselkursverfall ab und verlagerten ihre Anlagen zunehmend in sichere Häfen. Die russische Regierung sah sich zunehmenden Schwierigkeiten bei der Verlängerung ihrer Kredite und bei der Stützung des Wechselkurses ausgesetzt. Im August wurde der Rubel schließlich freigegeben und die Operationen am Anleihenmarkt eingefroren.

Die Krise lenkte den Blick auf gravierende strukturelle Schwächen des russischen Bankensektors. So führte u. a. Sberbanks Quasimonopol dazu, dass konkurrierende Geschäftsbanken im Ausland Geld aufnahmen. Gleichzeitig bestand für die Banken zu jener Zeit ein hoher Anreiz, sich an den internationalen Märkten Devisen zu beschaffen. Selbst nach Abzug der hohen Inflationsraten waren in Russland mit Kreditvergaben Renditen zu erwirtschaften, die bei weitem über den Sätzen lagen, zu denen im Ausland Gelder (vornehmlich US-Dollar) aufgenommen werden konnten.

Dieses Arbitragegeschäft versprach eine sichere Einnahmequelle unter der Voraussetzung, dass der Wechselkurs stabil blieb. Und tatsächlich hatte der Internationale Währungsfonds (IWF) der russischen Regierung noch kurz vor der Krise einen milliardenschweren Kredit eben zum Zwecke der Stabilisierung des Wechselkurses zugesagt, was für die russischen Geschäftsbanken offensichtlich als Einladung verstanden worden war, besagtes Geschäftsfeld weiter zu bearbeiten. Wiederum aufgrund des Fehlens entsprechender Regulierungen kam es dazu, dass im Sommer 1998 die Verbindlichkeiten in Auslandswährung die Forderungen bei allen großen Geschäftsbanken um ein Vielfaches überstiegen. Dabei konzentrierten sich 75 % der Verbindlichkeiten in Fremdwährung auf die 20 größten Banken des Landes, wo sie insgesamt 20 % der gesamten Verbindlichkeiten ausmachten.

Hinzu kamen Risiken, denen die Banken durch eingegangene Terminkontrakte für den ab Ende 1997 ständig wahrscheinlicher werdenden Fall einer Rubelabwertung in besonderem Maße ausgesetzt waren. In zahlreichen Fällen übertraf das Volumen der Terminkontrakte die gesamten Aktiva der betroffenen Banken um ein Vielfaches.

Die mangelnde Risikodiversifikation bei der Kreditvergabe stellt ein weiteres strukturelles Problem

<sup>5</sup> Vgl. Alfred Steinherr: Russian Banking Since the Crisis of 1998. Centre for European Policy Studies, Working Document No. 209. Brüssel 2004, S. 3. Der Trend ist rückläufig. Ende 2004 betrug etwa der Anteil der Sberbank an den Einlagen des privaten Sektors noch rund 60 %.

dar, das im Übrigen bis heute nur unzureichend gelöst ist. So dominieren nach wie vor zumeist einige wenige Kunden das Kreditgeschäft jener Banken, bei denen sie bevorzugt Geld aufnehmen. Bei kleineren Banken machten 2001 die zehn größten Kreditvergaben im Durchschnitt 80 % des gesamten Kreditportfolios aus; bei mittelgroßen Banken waren es rund 60 %, bei großen Banken immerhin noch 45 %.<sup>6</sup>

Und schließlich trug auch der Verlust des Kundenvertrauens mit dem folgenden Abzug von Einlagen in einer Größenordnung von 14 bis 45 % im Sommer 1998 zu einer landesweiten Krise bei, von der insbesondere die größten Geschäftsbanken betroffen waren.<sup>7</sup> Auch wenn der IWF im Zuge der Krise argumentierte, der gesamte Bankensektor sei größtenteils insolvent – wobei man sich fragen muss, ob das Wissen um die regulatorischen und strukturellen Probleme den IWF nicht bereits vorher in Sachen Wechselkurs zu einer anderen Politik hätte veranlassen müssen –, behandelten die zuständigen Behörden in der russischen Regierung und Zentralbank die Schwierigkeiten als typische Liquiditätskrise.

Die Regierung verfügte ein 90-tägiges Moratorium für Auslandsschulden, das es russischen Banken mit prekären Terminpositionen erlaubte, ihre Verluste in Grenzen zu halten.<sup>8</sup> Konten bei von Insolvenz bedrohten Geschäftsbanken wurden von der RZB auf Wunsch auf Konten bei der Sberbank transferiert, um eine Eskalation der Einlagenabzüge zu verhindern.<sup>9</sup> Und schließlich wurde Liquidität im Umfang von 46 Mrd. Rubeln zu Sätzen weit unter dem Marktsatz bereitgestellt. Erstaunlich war, dass letztlich relativ wenige Banken geschlossen wurden, wie aus Tabelle 2 hervorgeht.

Erfahrungen aus anderen Ländern, die eine vergleichbare Bankenkrise zu bewältigen hatten, lassen erwarten, dass bis zur Hälfte aller Geschäftsbanken der Umstrukturierung zum Opfer fällt. Ein wesentlicher Grund für die geringe Zahl der Schließungen im Zuge der russischen Krise kann in der unzureichenden Ausstattung der 1999 eingesetz-

ten Agentur für die Restrukturierung der Kreditorganisationen (ARKO) gesehen werden – mit einem Kapital von 10 Mrd. Rubeln (weniger als einem halben Prozent der Bilanzsumme des Bankensektors im Jahre 1997) war ARKO deutlich unterkapitalisiert für diese Aufgabe.

Zudem war die Unabhängigkeit von ARKO nicht gegeben.<sup>10</sup> Den Großteil ihres Kapitals verwendete ARKO für den Kauf von außerbörslichen Staatsanleihen und einen Milliardenkredit für die nicht in Schwierigkeiten befindliche, aber offenbar über gute Beziehungen verfügende Alfa-Bank. Bis 2003 hatte ARKO 14 Banken restrukturiert und drei liquidiert. Die Gesamtaufwendungen für die Restrukturierungsmaßnahmen beliefen sich auf 16 Mrd. Rubel, was sich im Vergleich zu den typischen Kosten für die Bereinigung der Bankenlandschaft im Anschluss an eine schwere Krise als höchst bescheidener Betrag ausnimmt. So steht die Umstrukturierung des Bankensektors in der Türkei nach der Krise von 2001 mit geschätzten Kosten von 40 Mrd. US-Dollar zu Buche.<sup>11</sup>

### Wachstumserfolge rechtfertigen das Krisenmanagement nicht

In empirischen Studien zu Bankenkrisen sind wesentliche Bedingungen identifiziert worden, die für die erfolgreiche Überwindung einer schweren Fi-

<sup>6</sup> Vgl. Filippo Ippolito: The Banking Sector Rescue in Russia. Bank of Finland Institute for Economies in Transition (BOFIT) Online, Bd. 12. Helsinki 2002.

<sup>7</sup> Entgegen einer weitläufig vertretenen Meinung waren dabei die Verluste aus dem Staatsobligationengeschäft nicht der Hauptgrund für die Banksolvenzen. Vgl. Alfred Steinherr, a. a. O., S. 5.

<sup>8</sup> Vgl. Alfred Steinherr, a. a. O., S. 6 f.

<sup>9</sup> Auch wenn der Transfer auf dem Papier freiwillig war, blieb den meisten Geschäftsbanken kaum eine andere Wahl, was sich angesichts der Tatsache, dass die RZB Mehrheitseignerin der Sberbank ist, etwas befremdlich ausnimmt.

<sup>10</sup> Der Vorstandsvorsitzende der RZB wurde als Vorsitzender des Direktoriums von ARKO eingesetzt, während der frühere RZB-Vize zum Generaldirektor der ARKO bestimmt wurde.

<sup>11</sup> Vgl. Alfred Steinherr, Ali Tukul und Murat Ucer: The Turkish Banking Sector: Challenges and Outlook in Transition to EU Membership. Centre for European Policy Studies, EU-Turkey Working Paper No. 4. Brüssel 2004.

Tabelle 2

### Zahl der Kreditinstitute und Liquidierungen in Russland 1997 bis 2005<sup>1</sup>

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Gesamtzahl der von der RZB registrierten Kreditinstitute	2 562	2 481	2 376	2 124	2 004	1 826	1 666	1 516	1 482
Veränderung zum Vorjahr	x	-81	-105	-252	-120	-178	-160	-150	-34
Liquidierte Kreditinstitute	52	73	100	258	144	216	178	153	37

<sup>1</sup> Stand jeweils am Jahresende; 2005: 30. April.

Quelle: Russische Zentralbank.

nanzkrise erfüllt sein sollten.<sup>12</sup> Danach ist ein umfassendes Restrukturierungsprogramm aufzulegen, das Lösungen für faule Kredite ebenso umfasst wie Initiativen zur Verbesserung der Performance bei neu vergebenen Krediten sowie Reformen des bankinternen Risikomanagements. Die Umstrukturierungsmaßnahmen sollten rasch durchgeführt werden, wobei eine transparente Finanzierung über das Steueraufkommen undurchsichtigen und potentiell inflationär wirkenden Zentralbankmaßnahmen vorzuziehen ist.

Es ist bemerkenswert, dass die Krisenmanager in Russland keine dieser Anregungen wirklich beherzigten. Die Krise wurde weitgehend als reine Liquiditätskrise behandelt; wesentliche Maßnahmen zur Verbesserung der Bankenregulierung blieben aus.<sup>13</sup> Gleichwohl scheint der Erfolg das Vorgehen der Behörden zu rechtfertigen. Das russische BIP legte 1999 real um 5,4 % und im Jahre 2000 sogar um 9 % zu und hat sich seither im Bereich von 6 % Zuwachs pro Jahr eingependelt.

Eine aktuelle Studie von Thießen<sup>14</sup> zum Zusammenhang zwischen dem Entwicklungsstand des Finanzsystems und dem Wirtschaftswachstum kommt dagegen für Russland zu dem Ergebnis, dass die Versäumnisse im Aufbau eines leistungsfähigen Finanzsektors höchstwahrscheinlich mit erheblichen Einbußen beim Wachstumspotential einhergegangen sind. Thießen greift dabei auf Indikatoren des Finanzsystems aus der Studie von King und Levine<sup>15</sup> zurück:

1. „Broad money“ (M4) im Verhältnis zum BIP
2. Inländische Aktiva der Geschäftsbanken im Verhältnis zu gesamten Aktiva von Geschäftsbanken und Zentralbank
3. Anteil der Kreditvergabe an den privaten Nichtfinanzsektor an der Gesamtkreditvergabe
4. Verhältnis der Kreditvergabe an den privaten Nichtfinanzsektor zum BIP

Bei all diesen Indikatoren zeigt Russland zwar von 1993 bis 2002 mehr oder weniger starke Verbesserungen, liegt aber in sämtlichen Bereichen weiter hinter anderen Transformationsökonomien wie Polen oder Ungarn zurück. Insbesondere der letztgenannte Indikator für die Bedeutung der Finanzintermediation für die Volkswirtschaft weist für Russland einen nach wie vor sehr niedrigen Wert auf. Im Lichte der in der Folge bestätigten Ergebnisse von King und Levine, wonach zwischen dem Entwicklungsstand des Finanzsystems und der Entwicklung von Kapitalakkumulation, Wirtschafts- und Produktivitätswachstum signifikante Zusammenhänge bestehen, lässt sich daher mit Fug und

Recht argumentieren, dass sich eine umgehende Inangriffnahme struktureller Reformen im Banken- und Finanzsektor für Russland in jedem Fall auszahlen würde.<sup>16</sup>

### **Der russische Bankensektor heute: Einige vielversprechende Entwicklungen seit 1998 ...**

In ihrer Beurteilung des russischen Finanzsektors kamen der IWF und die Weltbank im Jahre 2003 zu dem Schluss, dass laut offizieller Daten die russischen Banken im Großen und Ganzen über eine ausreichende Kapitalausstattung verfügen, auch wenn Simulationen eine weiter bestehende Anfälligkeit bei ähnlichen Entwicklungen wie 1998 aufgezeigt haben.<sup>17</sup>

Der Anteil der Auslandsschulden am russischen BIP ist mit dem hohen Wachstum in den vergangenen Jahren auf rund ein Viertel zurückgegangen, während die Währungsreserven von 12 Mrd. US-Dollar im Jahre 1999 auf 140 Mrd. US-Dollar im April 2005 zunahmen. Die gesamten Forderungen des Bankensektors erhöhten sich im gleichen Zeitraum von 50 Mrd. US-Dollar auf 263 Mrd. US-Dollar, die Einlagen Privater bei den Banken von 10 Mrd. US-Dollar auf rund 63 Mrd. US-Dollar. Insgesamt erreichten die Bankdepósitos zuletzt ein Niveau von gut 93 Mrd. US-Dollar, wobei etwa ein Drittel in ausländischer Währung gehalten wurde. Die Forderungen in Fremdwährung entsprechen etwa den Verbindlichkeiten, so dass bei möglichen Wechselkursänderungen eine so hohe Verwundbarkeit wie im Krisenjahr für den Gesamtsektor nicht mehr gegeben ist.

Die Profitabilität des Bankensektors ist wieder gestiegen, und die Geschäfte wurden mehr auf den Bereich der Unternehmens- und Privatkunden konzentriert – bei den Kreditnehmern gewann dabei der private Sektor gegenüber dem öffentlichen zu-

<sup>12</sup> Vgl. z. B. Cheryl Gray und Arnold Holle: Bank-Led Restructuring in Poland: The Conciliation Process in Action. In: Economics of Transition, Vol. 4, No. 2, 1996, S. 349–370; Cheryl Gray und Arnold Holle: Bank-Led Restructuring in Poland (II): Bankruptcy and Its Alternatives. In: Economics of Transition, Vol. 5, No. 1, S. 25–44; Helena Tang, Edda Zoli und Irina Klytchnikova: Banking Crises in Transition Economies: Fiscal Costs and Related Issues. In: The World Bank, Policy Research Working Paper Series No. 2484. Washington, D.C. 1999.

<sup>13</sup> Konkrete Beispiele für akute Versäumnisse finden sich bei Filippo Ippolito, a. a. O.

<sup>14</sup> Vgl. Ulrich Thießen: Financial System Development, Regulation and Economic Growth: Evidence from Russia. DIW Discussion Papers, Nr. 400. Berlin 2004.

<sup>15</sup> Vgl. Robert King und Ross Levine: Finance and Growth: Schumpeter Might Be Right. In: Quarterly Journal of Economics, Vol. 108, No. 3, 1993, S. 717–737.

<sup>16</sup> Nach einer Schätzung von Thießen hätte eine Weiterentwicklung des Finanzsystems auf das Niveau Ungarns und Polens von 1998 bis 2002 die langfristige Wachstumsrate Russlands um 6,9 % erhöht.

<sup>17</sup> Vgl. IWF und Weltbank: Financial Sector Assessment, Russian Federation. Washington, D.C. 2003.

nehmend an Bedeutung. Die Banken haben zum Stichtag 1. Oktober 2004 nach und nach die „International Accounting Standards“ (IAS) übernommen, manche Banken darüber hinaus die Richtlinien des Aktiv-Passiv-Managements. Im Bereich der Kapitaladäquanz gelten seit Anfang 2005 neue Vorschriften, die Banken mit einer Kapitalausstattung von weniger als 5 Mill. Euro zu einem risikogewichteten Kapitaladäquanzverhältnis (*capital adequacy ratio*) von 10% verpflichten. Ab 2007 soll diese Regelung unabhängig von der Kapitalausstattung für alle Banken gelten.

Mit dem Gesetz zur Schaffung eines Versicherungsfonds für Bankeinlagen natürlicher Personen vom Dezember 2003 ist schließlich auch in der Frage ausgeglichener Wettbewerbsbedingungen ein notwendiger Schritt getan worden, um die Dominanz der Sberbank im privaten Depositengeschäft zu begrenzen und nichtstaatlichen Geschäftsbanken für die Finanzierung einen leichteren Zugang zu privaten Spareinlagen zu eröffnen. ARKO stattet die neu gegründete Fondsagentur mit 3 Mrd. Rubeln aus; teilnehmende Banken zahlen pro Quartal eine Prämie von maximal 0,15% ihrer im Quartal zuvor versicherten Einlagen. Sobald der Fonds das Äquivalent von 5% des versicherten Einlagenvolumens erreicht hat, sinkt die Prämie auf 0,05%, kann allerdings unter bestimmten Bedingungen für eine Dauer von bis zu 18 Monaten auch auf bis zu 0,3% angehoben werden. Ist es der Fondsagentur nicht möglich, ihren Verpflichtungen aus eigenen Mitteln nachzukommen, kann sie die Regierung um finanzielle Unterstützung ersuchen.<sup>18</sup>

### ... aber weiterhin eine Reihe ungelöster Probleme

Trotz einiger begrüßenswerter Entwicklungen in den vergangenen Jahren bestehen weiterhin erhebliche Probleme. Die Dominanz der zwei großen staatlichen Banken ist ungebrochen. Im privaten Bereich sind nichtrussische Kreditinstitute kaum vertreten – unter den 15 größten Banken findet sich nur eine ausländische Bank. Ferner ist der Sektor stark fragmentiert: Ende 2004 verfügte nur rund ein Drittel der Kreditinstitute über eine Eigenkapitalausstattung von mehr als 5 Mill. US-Dollar; ein weiteres Drittel besaß Kapital im Wert zwischen 1 und 5 Mill. US-Dollar, beim Rest der Institute war es weniger als 1 Mill. US-Dollar.

Ungeachtet der neuen Regelungen verläuft die Entwicklung hin zu einem erfolgreichen privatwirtschaftlich organisierten Bankensystem schleppend. Offenbar sind die Eigentumsverhältnisse entscheidend in der Frage der Unterstützung durch die RZB, und Verstaatlichung anstatt Privatisierung steht auf

der Agenda. Hiervon zeugt auch der Ausschluss ausländischer Banken vom Einlagensicherungsfonds. Die Maßnahmen der RZB zur Überwindung der Liquiditätskrise waren ebenfalls fragwürdig und führten mit dazu, dass zahlreiche Sparer ihre Einlagen von Geschäftsbanken zur Sberbank transferierten, was den Trend zu einem sinkenden Marktanteil der staatlichen Bank vorübergehend wieder umkehrte.<sup>19</sup>

Die Putin-Regierung zeichnet zweifellos eine erhebliche Skepsis gegenüber den Marktkräften aus – in gewisser Weise auch verständlich. Denn die russische Volkswirtschaft ist nach wie vor weit entfernt von jenem sozialen Optimum, von dem westliche Marktapologeten nach 1991 behaupteten, es sei auch im Herzland der staatlichen Planwirtschaft durch das freie Spiel der Marktkräfte problemlos erreichbar. Die Erfahrungen bei der Privatisierung der „Filetstücke“ der russischen Industrie in den 90er Jahren haben Spuren hinterlassen; das Widerstreben der Putin-Regierung, Anteile an für das Land „strategisch wichtigen“ Unternehmen abzugeben, zeugt von diesen Erfahrungen, ebenso der differenzierte Umgang mit den Oligarchen wie zuletzt in der Jukos-Affäre.

Wenngleich in gewissem Umfang nachvollziehbar, so stellt die Haltung des Staates für die Entwicklung des Bankensektors doch ein erhebliches Hindernis dar. Klare und verlässliche gesetzliche Rahmenbedingungen, insbesondere im Bereich des Eigentumsrechts, sind eine Grundvoraussetzung für ein gut funktionierendes Finanzsystem, zu dem die Bürger Vertrauen haben können. Fälle wie Jukos, aber auch Beispiele der willkürlichen Besteuerung von Abhebungen oder der Missachtung von Gläubigerrechten im Finanzgebaren der Kreditinstitute tragen nicht zur Stärkung des Vertrauens in die von Putin beschworene „Diktatur des Gesetzes“ bei und führen maßgeblich dazu, dass die Kapitalflucht aus Russland anhält<sup>20</sup> und das „Matratzengeld“ der einfachen Bürger einen Umfang von schätzungsweise 40 bis 80 Mrd. US-Dollar hat – verglichen mit 63 Mrd. US-Dollar an bestehenden privaten Bankeinlagen.

### Lösungsansätze den russischen Gegebenheiten anpassen

Vorschläge zur Verbesserung der Lage im russischen Finanzsektor müssen der speziellen Bezie-

<sup>18</sup> Vgl. Alfred Steinherr, a. a. O., S. 14.

<sup>19</sup> Vgl. Alfred Steinherr, a. a. O., S. 7.

<sup>20</sup> Die Kapitalflucht aus Russland hat sich nach Angaben der RZB im Jahre 2004 mit 7,8 Mrd. US-Dollar im Vergleich zu 2003 vervielfacht. Der trendmäßige Rückgang (24,8 Mrd. US-Dollar 2000, 15 Mrd. US-Dollar 2001, 8,8 Mrd. US-Dollar 2002 und nur rund 2 Mrd. US-Dollar 2003) kehrte sich im vergangenen Jahr wieder um.

hung Russlands zum System der Marktwirtschaft ebenso Rechnung tragen wie den sonstigen Gegebenheiten, die das Land auszeichnen. Zu Letzteren gehört die Geographie. Ähnlich wie die USA benötigt auch der riesige Flächenstaat Russland eine Vielzahl an Banken. In europäischen Augen mag diese Zahl sehr hoch erscheinen; die meisten Banken sind aber sehr klein und versorgen abgelegene ländliche Gebiete mit Bankdienstleistungen. Auch in den USA bestehen enorme Produktivitäts- und Effizienzunterschiede zwischen den großen Kreditinstituten in den Zentren und den kleinen „Savings & Loans Associations“ in der Provinz. Und genau wie für die USA gibt es daher keine überzeugende Begründung, warum alle Banken in Russland nach kontinentaleuropäischem Vorbild Universalbanken sein müssen, wie es derzeit der Fall ist. Auch in Russland sollten kleinere Banken auf das Geschäft mit Einlagen und Kreditvergaben beschränkt werden, um Probleme von Interessenkonflikten und Insiderinformationen zu minimieren, wie sie in Universalbankensystemen verstärkt auftreten.<sup>21</sup>

Ein sinnvoller Schritt wäre die Einführung eines zweigeteilten Bankensystems.<sup>22</sup> Banken des ersten Segments hätten die Kapitaladäquanz- und Kreditvergaberichtlinien zu erfüllen, würden am elektronischen Zahlungssystem teilnehmen und wären Mitglieder im Einlagensicherungsfonds. Sie hätten Zugang zu Refinanzierungsfazilitäten der Zentralbank und wären im Gegenzug verpflichtet, bei dieser Einlagen zu unterhalten. Für sie würde die RZB als „lender of last resort“ auftreten. Dem Großteil der weiterhin über 1 300 russischen Kreditinstitute, die – wenn überhaupt – nur mit großer Mühe den entsprechenden Anforderungen gerecht werden können, sollten Lizenzen für das zweite Segment zugeteilt werden. Sie wären weniger strengen Richtlinien unterworfen, genossen jedoch nicht die den Banken des ersten Segments zustehenden Privilegien. Auf die resultierenden Risikounterschiede müssten potentielle Kunden unmissverständlich aufmerksam gemacht werden. Banken des zweiten Segments müssten so höhere Einlagenzinsen bieten und damit tendenziell in risikoreichere Projekte investieren. Aufkommende Zahlungsschwierigkeiten bei diesen Instituten würden aber kein Risiko mehr für den Sektor als Ganzes darstellen.

Ein solches Vorgehen wäre sicherlich der dann drohenden Schließung mehrerer hundert ineffizienter und kaum profitabler Banken vorzuziehen. Denn eine Zweiteilung des Bankensektors wird durch die Einführung des Einlagensicherungsfonds de facto zwischen jenen Banken geschaffen, die Mitglieder des Fonds sind, und solchen, die die Bedingungen nicht erfüllen und damit vom Depositengeschäft praktisch ausgeschlossen sind.

## Eine neue Rolle für Sberbank

In dem geschilderten Zusammenhang ist auch die mögliche Zukunft der Sberbank zu diskutieren, die – wie bereits erwähnt – über ein umfassendes Filialnetz in ganz Russland verfügt und daher für die Gewährung von Bankdienstleistungen außerhalb der Ballungsräume prädestiniert ist. Eine Privatisierung der größten russischen Bank steht freilich für die Regierung ebenso außer Frage wie eine stärkere Öffnung für ausländische Banken, die in anderen Transformationsökonomien mit gutem Erfolg praktiziert wurde.

Eine zu diskutierende Alternative besteht allerdings in der Umwandlung der Sberbank in eine „enge Bank“ (*narrow bank*), die darauf beschränkt ist, Einlagen aufzunehmen und in liquide, hochqualitative Sicherheiten zu investieren, jedoch keine Großkredite vergeben kann.<sup>23</sup> Die Sberbank könnte so vornehmlich dazu benutzt werden, den Kreditmarkt für kleine und mittelständische Unternehmen zu beleben. Wäre die Sberbank verpflichtet, einen Großteil ihrer Aktiva in hochliquide Finanzaktiva zu investieren, könnte dies zudem der Entwicklung des Geldmarktes in Russland einen großen Schub verleihen, von dem der Staat durch neue Möglichkeiten zur kurzfristigen Mittelaufnahme ebenso profitieren würde wie andere Geschäftsbanken, für die eine Finanzierung über Depositen weniger einfach ist und die derzeit unter dem mangelnden Angebot am inländischen Interbankenmarkt zu leiden haben.

Neben diesen beiden großen Reformansätzen könnte relativ zügig eine Reihe kleinerer Maßnahmen mit dem Ziel umgesetzt werden, die Bedeutung der Finanzintermediation für die russische Volkswirtschaft zu stärken. So sollte das in den vergangenen Jahren stark verbesserte, aber weiterhin mit Mängeln behaftete Zahlungssystem weiterentwickelt werden, das insbesondere im Hinblick auf Zahlungen in Echtzeit und Zahlungen gegen Lieferung noch nicht die internationalen Standards erfüllt.<sup>24</sup>

Der unzureichende Zugang kleiner und mittelständischer Unternehmen zu externen Finanzmitteln ist wiederholt angesprochen worden. Neben den genannten Maßnahmen wäre die Einführung eines

<sup>21</sup> Vgl. Alfred Steinherr und Christian Huveneers: Institutional Competition and Innovation. In: Andy Mullineux (Hrsg.): European Banking. London 1992, S. 130–147.

<sup>22</sup> Vgl. Daniel Gros und Alfred Steinherr: Winds of Change: Economic Transition in Central and Eastern Europe. London 1995.

<sup>23</sup> Das Konzept der „narrow bank“ geht auf Bryan und Pierce zurück. Vgl. Lowell Bryan: Breaking Up the Bank: Rethinking an Industry Under Siege. New York 1988; James Pierce: The Future of Banking. New Haven 1991.

<sup>24</sup> Vgl. Alfred Steinherr, a. a. O., S. 15.

Kreditinformationsdienstes ebenso hilfreich wie die eines sog. „pledge“-Registers für Umlaufvermögen. Der beklagenswerte Zustand eines Großteils der russischen Bausubstanz weist auf den erheblichen Bedarf im Hypothekenmarkt hin, der in Russland noch weitgehend in den Kinderschuhen steckt. In westlichen Ländern dienen Hypotheken als unerlässliches Instrument bei der Absicherung von Krediten gerade an kleine und mittelständische Unternehmen sowie an private Haushalte. Verbesserungen in diesem Bereich wären wichtig und dürften auf keine unüberwindbaren politischen Hindernisse stoßen.

Auf der Seite der Kreditgeber schließlich steht eine Stärkung des Gläubigerschutzes oben auf der Liste, wie sie IWF und Weltbank in ihrem jüngsten Bericht anmahnen. Dies gilt vornehmlich für das Vorgehen im Insolvenzfall, in dem sich die russische Gesetzgebung sehr viel stärker auf Liquidierung verlässt als auf Rehabilitation und wo vielfach Machtspiele zwischen Anteilseignern die Seniorität der Gläubigeransprüche als Entscheidungskriterium ersetzen.<sup>25</sup>

Handlungsbedarf besteht ferner nach wie vor im Bereich der Bankenaufsicht und -regulierung. Seit 1998 ist das Regelwerk entscheidend verbessert worden, und die Finanzgesetzgebung hat die notwendigen Schritte für die Implementierung eingeleitet. Die RZB sollte umgehend die Definition von Kapital einengen und die neue Definition ebenso durchsetzen wie die strengeren Richtlinien für die Kapitaladäquanz. Im Bereich der Kreditvergabe sollten qualitativ orientierte Risikobeurteilungen mehr Gewicht bekommen. Die Umsetzung der IAS seit 2004 ist hierfür ein guter Ausgangspunkt.

Schließlich wären auch innerhalb des Bankensektors Weiterentwicklungen unter dem Stichwort der Corporate Governance wünschenswert. Ein wesentlicher Fortschritt wäre erreicht durch ein Aufbrechen der engen Verbindung zwischen Geschäftsbanken und den großen industriellen Gruppen, denen sie mehrheitlich angehören.

In der momentanen Situation steht außer Zweifel, dass Bankmanager ihre Entscheidungen an den In-

teressen der jeweiligen Gruppe ausrichten und Minoritäteninteressen keinen besonderen Schutz genießen. Eine mögliche Lösung bestünde darin, den Anteil großer Industriekonzerne an Geschäftsbanken gesetzlich zu begrenzen, ähnlich wie es in den USA nach der Weltwirtschaftskrise mit dem Glass-Steagal-Act praktiziert wurde.<sup>26</sup>

### **Wie wahrscheinlich sind schnelle und umfassende Reformen?**

Die hier unterbreiteten Vorschläge für eine Verbesserung der Entwicklung im russischen Finanzsektor dürften realistischer sein als manch andere zuweilen geäußerten Forderungen, etwa mit Blick auf eine Privatisierung der Sberbank oder eine weitreichende Öffnung für ausländische Wettbewerber.

Gleichwohl sind im Lichte der eher schleppenden Entwicklung in den letzten Jahren in näherer Zukunft nicht unbedingt schnelle und substantielle Schritte in die angedeutete Richtung zu erwarten. Die Putin-Regierung hat zwar in der Vergangenheit ein grundsätzliches Interesse an der Verbesserung von Strukturen im Bereich der „Good Governance“ zum Ausdruck gebracht; die Frage der Bankreform scheint allerdings nicht auf den vorderen Plätzen der Agenda zu stehen.

Hinzu kommt, dass die Schlüsselfiguren – neben der Regierung insbesondere die RZB und die großen Industriekonzerne, die die Mehrzahl der Geschäftsbanken kontrollieren – ihre eigenen Ziele verfolgen, die in der Regel nicht mit der Maximierung des gesellschaftlichen Wohlstands zusammenfallen. Das Risiko, dass Russland auch in diesem Bereich Gefangener eines unvorteilhaften Gleichgewichts bleibt, ist nicht von der Hand zu weisen.

<sup>25</sup> Vgl. IWF und Weltbank, a. a. O.

<sup>26</sup> Die Hoffnung, dass Selbstkontrolle in den Aufsichtsräten von Geschäftsbanken die gewünschten Entwicklungen nach sich ziehen könnte, dürfte enttäuscht werden. Momentan zeichnen sich entsprechende Kodizes noch durch schwammige Konzepte wie „guter Willen“ oder „Vernünftigkeit“ aus; vgl. Alfred Steinher, a. a. O., S. 18.

# Aus den Veröffentlichungen des DIW Berlin

Markus M. Grabka, Jonas Schreyögg und Reinhard Busse

## **Die Einführung der Praxisgebühr und ihre Wirkung auf die Zahl der Arztkontakte und die Kontaktfrequenz: Eine empirische Analyse**

Im Zuge des GKV-Modernisierungsgesetzes wurde zum 1. Januar 2004 eine sog. Praxisgebühr von 10 Euro pro Quartal für ambulante Arzt- und Zahnarztbesuche erhoben. Neben einem Beitrag zur Konsolidierung der Finanzlage der GKV sollte die Praxisgebühr auch eine Verhaltensänderung der Versicherten bewirken.

Der Aufsatz zeigt auf, dass die Zahl der Arztbesuche im Jahre 2004 im Vergleich zum Jahr 2003 signifikant gesunken ist. Der Anteil derjenigen, die in beiden Jahren mindestens einmal einen Arzt aufsuchten, blieb dagegen relativ konstant. Zwei Logit-Modelle verdeutlichen, dass gesundheitlich notwendige Arztbesuche z. B. bei Schwerbehinderten und Personen mit schlechtem Gesundheitszustand weiterhin vorgenommen wurden. Des Weiteren konnte keine Benachteiligung von Personen mit einem geringen sozialen Status festgestellt werden.

Die Ergebnisse werden auch von anderen Studien bestätigt. Es erscheint somit plausibel anzunehmen, dass die Einführung der Praxisgebühr dazu beigetragen hat, die Zahl nicht notwendiger Arztbesuche oder Mehrfachuntersuchungen zu verringern.

**Diskussionspapier Nr. 506**

Juli 2005

Björn Frank and Per Botolf Maurseth

## **The Spatial Econometrics of Elephant Population Change: A Note**

While previous research found no other variable than corruption to have a negative impact on (the growth rate of) the African countries' elephant populations, we show that one further significant impact is exerted by what one might call neighbourhood effects. Elephants travel long distances, often crossing borders.

Using spatial econometric tools, we find that elephant population changes in one country have a positive impact on elephants in neighbouring countries. Our results have possible policy implications, as they suggest that the spatial clustering of funds and of conservation efforts makes sense if the endangered species move across borders.

**Diskussionspapier Nr. 507**

Juli 2005

Die Volltextversionen der Diskussionspapiere liegen von 1998 an komplett als pdf-Dateien vor und können von der entsprechenden Website des DIW Berlin heruntergeladen werden ([www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/diskussionspapiere](http://www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/diskussionspapiere)).



Das DIW Berlin trauert um seinen langjährigen Mitarbeiter

## Prof. Dr. Wolfgang Kirner

Wolfgang Kirner starb am 29. Juli 2005 im Alter von 73 Jahren. Er gehörte dem DIW Berlin fast fünfzig Jahre an und hat in dieser Zeit das wissenschaftliche und wirtschaftspolitische Profil des Institutes mitgeprägt und maßgeblich zur erfolgreichen Entwicklung des Hauses beigetragen. Dafür sind wir ihm sehr dankbar.

Wolfgang Kirner trat am 15. August 1959 seine Beschäftigung als wissenschaftlicher Mitarbeiter des DIW Berlin an. Ihm wurden im Hause in kurzer Zeit immer mehr verantwortungsvolle Aufgaben übertragen. Bereits im September 1967 übernahm er im DIW Berlin die Leitung der Abteilung Volkswirtschaftliche Produktionsfaktoren, die er bis zu seinem Ausscheiden Ende 1996 führte. Zwischenzeitlich leitete er nebenbei in kommissarischer Funktion die Abteilung Industrie. Wolfgang Kirner war einer der Ersten im DIW Berlin, der eine Führungsfunktion in der empirischen Wirtschaftsforschung mit der regulären Tätigkeit des Hochschullehrers verband – eine Entwicklung, die sich für beide Seiten als fruchtbar erwies und wissenschaftspolitisch Schule machte. Er wurde von der TU Berlin im November 1973 zum ordentlichen Professor berufen und vertrat das Fachgebiet Regionalwissenschaften bis zu seiner Emeritierung im März 1997 in Forschung und Lehre. Darüber hinaus war er Mitglied in verschiedenen Arbeitskreisen, so in der Arbeitsgruppe Systemvergleich, die Anfang der 70er Jahre bestimmte Bereiche der Gesellschaftssysteme der Bundesrepublik Deutschland und der ehemaligen DDR empirisch vergleichend darstellte und auf diese Weise zum Bericht des Bundeskanzlers zur Lage der Nation beitrug, und im Arbeitskreis Sozialer Wohnungsbau des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau.

Von Anbeginn seiner Beschäftigung im DIW Berlin kam Wolfgang Kirners dominantes Interesse an langfristigen Wachstumsprozessen und deren strukturellen Determinanten zum Tragen, das ihn in seiner wissenschaftlichen Lebensarbeit geprägt hat. Dabei ging es ihm stets um die Verbindung von Theorie und Praxis sowie um die Umsetzung von wissenschaftlicher Erkenntnis in die Politikberatung. Dazu gehörte auch die Verbesserung der empirischen Basis für eine gehaltvolle Analyse. So trug er die Investitionsmatrizen zum Input-Output-Instrumentarium bei, das seit Anfang der 60er Jahre im DIW Berlin systematisch entwickelt wurde. Ein weiterer wichtiger Gegenstand seiner Arbeit waren die theoretischen und empirischen Probleme einer Anlagevermögensrechnung für die einzelnen Wirtschaftsbereiche in der Bundesrepublik Deutschland unter Verwendung quasi-logistischer Überlebensfunktionen. Dies bildete die Basis für die Ermittlung wichtiger Produktivitätsindikatoren und des Produktionspotentials der deutschen Volkswirtschaft. Große Aufmerksamkeit fand auch die Enquete über die Bauwirtschaft, die er initiierte und an deren Erarbeitung er in führender Position mitwirkte. In den späten 70er Jahren war Wolfgang Kirner der Spiritus Rector bei der Erarbeitung der Konzeption des DIW Berlin für eine Strukturberichterstattung, an der er dann viele Jahre maßgeblich beteiligt war. Wichtige Beiträge leistete er zum Thema „Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung“. Aus dem entsprechenden Wochenbericht des DIW Berlin leitete die Bundesregierung das „Zukunftsinvestitionsprogramm 77–80“ ab, eines der wenigen Programme, die in der Folge tatsächlich spürbar zum Abbau der Arbeitslosigkeit beitrugen. Stets im Blick hatte Wolfgang Kirner auch die regionale Dimension volkswirtschaftlicher Wachstums- und Strukturprozesse. Sie bildete den Schwerpunkt seines Lehrstuhls an der Technischen Universität Berlin.

Wolfgang Kirner hat sich in seiner langjährigen Tätigkeit um das DIW Berlin sehr verdient gemacht. Wir verlieren einen liebenswerten Menschen und geschätzten Kollegen. Unser Mitgefühl gilt seiner Ehefrau und seinen Kindern. Wir werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

### Impressum

DIW Berlin  
Königin-Luise-Str. 5  
14195 Berlin

### Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)  
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)  
Dr. Tilman Brück  
Dörte Höppner  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Dr. Bernhard Seidel  
Prof. Dr. Viktor Steiner  
Prof. Dr. Alfred Steinherr  
Prof. Dr. Gert C. Wagner  
Prof. Dr. Axel Werwatz, Ph. D.  
Prof. Dr. Christian Wey

### Redaktion

Dr. habil. Björn Frank  
Dr. Elke Holst  
Jochen Schmidt  
Dr. Mechthild Schrooten

### Pressestelle

Renate Bogdanovic  
Tel. +49 - 30 - 897 89-249  
presse@diw.de

### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 74  
77649 Offenburg  
leserservice@diw.de  
Tel. 01805 - 19 88 88 \*dtms/12 Cent./min.

Abo-Betreuung durch  
Abonnenten Service Center GmbH  
Geschäftsführer: Heinz-Jürgen Koch  
Marlener Str. 4  
77656 Offenburg

### Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-  
Einzelheft Euro 7,-  
(jeweils inkl. MwSt. und Versandkosten)  
Abbestellungen von Abonnements  
spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter [leserservice@diw.de](mailto:leserservice@diw.de)

### Konzept und Gestaltung

kognito, Berlin

### Satz

Wissenschaftlicher Text-Dienst (WTD), Berlin

### Druck

Druckerei Conrad GmbH  
Oranienburger Str. 172  
13437 Berlin